

Das wahre Elend? Zur Rede von der „neuen Unterschicht“¹

[erscheint in: Widersprüche, 25. Jg. Heft 98, 2005]

Abstract

Paul Nolte diagnostiziert 2004 in seinem Reformaufruf „Generation Reform“ eine „neue Unterschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dieser Behauptung verbindet er die Grundlegung einer neuen kulturalistischen Klassentheorie. Klassengesellschaften sind demnach als gegeben hinzunehmen und Klassenbewusstsein als Einsicht in dieses Phänomen neu zu bestimmen. Der scheinbar identifizierten „neuen Unterschicht“ soll außerdem ein Erziehungsprogramm verpasst werden, das an Pestalozzis Armenerziehung aus feudalistischen Tagen erinnert.

Allerdings erweist sich die neue kulturalistische Klassenanalyse vor dem Hintergrund einer relationalen Klassentheorie als völlig unzureichendes Analyseinstrumentarium. Dennoch erfahren kulturalistische Deutungen in jüngster Zeit in Form medialer Repräsentation und Vermittlung eine beachtliche Verbreitung. Grund dafür scheint das damit verbundene Versprechen zu sein, einfache Reaktionsmöglichkeiten auf menschliche Notlagen entwickeln zu können ohne die strukturellen Bedingungen sozialer Ungleichheit und die damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse noch systematisch in Betracht ziehen zu müssen.

„Es wird nicht ohne den Mut zu künftig größeren sozialen Unterschieden gehen, diese dürfen aber nicht so weit reichen, dass die Gesellschaft auseinander bricht“

(Martin Kannegießer, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und Unternehmer in: Arbeitgeber 1/2 2005)

„Die Unteren darf man nicht so schröpfen, dass sie nicht mehr konsumieren können. Sie müssen als Kunde überleben.“

(Hans-Martin Buhlmann, Aktionär der Allianz AG gegenüber dem STERN vom 12. Mai 2005)

„Wer Hilfe von Dritten erhält, muss in allen Lebensbereichen nachweisen, dass er seine finanzielle Unterstützung zu Recht bekommt.“

(Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit), August 2005)

In 17 Briefen entwickelt der Berner Patrizier Niklaus Emanuel Tschärner Ende des 18. Jahrhunderts seine Vorstellungen von idealen ländlichen Armenanstalten, Orten zur Erziehung der ärmsten Schweizer Gesellschaftsmitglieder dieser Jahre. Durch Feldarbeit und ein idyllisches Leben auf dem Lande sollten diese Menschen standesgemäß und insofern sittlich erzogen werden. Der mit Tschärner befreundete und von ihm geförderte Philologe und Philosoph Johann Heinrich Pestalozzi liest Tschärners Briefe, die dieser 1776/77 in den EPHEMERIDEN, einer Zeitschrift für politische Ethik, veröffentlicht, und sieht sich zum Widerspruch herausgefordert. Zwar teilt Pestalozzi Tschärners erzieherischen Sittlichkeitsfokus, aber nicht den von ihm vorgeschlagenen Weg dorthin. Pestalozzi fordert vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der „Armenanstalt Neuhof“, die er bis 1780 betreibt, vielmehr eine Erziehung des „Armen zur Armut“: diese Kinder, so schreibt er im

¹ Für weiterführende Hinweise und skeptische Einwände sei Helga Cremer-Schäfer, Alex Klein, Arnd Richter und Holger Ziegler herzlich gedankt.

ersten seiner 1777 an gleicher Stelle publizierten drei Briefe an Tschärner, „werden einst arme Leute sein; sie werden sich in der Art, sich zu erhalten, nach den Ressourcen bequemen müssen, welche nach den Lokalumständen eines jeden Distrikts den Armen offen stehen“ (Pestalozzi [1777] 1932: 19). Armenerziehung müsse sich daher den „Beschwerlichkeiten aller niedren Unterhaltungswege(n)“ ausrichten (ebd.). Andernfalls würden nur Menschen erzogen, wie sie in den öffentlichen Anstalten vielfältig zu finden seien: Menschen mit einer „satte(n), ruhige(n), gleiche(n) Lebensart die Zufälle und Einschränkungen der untersten Klassen (...) nicht mehr tragen mögen und doch keine Fertigkeiten besitzen, sich herauszuheben“ (ebd.: 21).

Rechtzeitig zu seinem 260. Geburtstag erfährt Pestalozzis Armenerziehungslehre ein Comeback. Neo-konservative und neo-liberale Strategen, allen voran der neue bundesrepublikanische Starhistoriker Paul Nolte, sprechen von einer „neuen Unterschicht“ (*underclass*), in der sich gleichgültige und verwahrloste Lebensarten ausgebildet hätten. In der Bundesrepublik habe sich in den letzten Jahrzehnten eine Bevölkerungsgruppe ausgebildet, so die Diagnose, die kein Interesse an den Werten der bürgerlichen Gesellschaft mehr habe und statt dessen abgesichert durch sozialstaatliche Transferzahlungen „unzivil“ und „unvernünftige“ Lebensverhältnisse pflege. „Satte, ruhige, gleiche Lebensarten“ also, vor denen der Schweizer Pädagoge in seinem Brief an Tschärner Ende des 18. Jahrhunderts gewarnt hatte – zumindest wenn man den heutigen Unterschichtpropagandisten glaubt. Noltes Beschreibung dieser Lebensarten lautet: „Ernährungsdefizite und Bewegungsmangel, Sprachdefizite und Bildungsrückstände, übermäßiger Fernseh- und auch Handykonsum konvergieren in jenen neuen Unterschichten“ (TAGESPIEGEL vom 25. Juli 2004).

I. Die Geburt einer neuen Klassentheorie

Die Rede von einer „neuen Unterschicht“ erfährt in den letzten 12 Monaten im bundesrepublikanischen Zusammenhang eine beachtliche mediale Verbreitung. Einen entscheidenden Anstoß für diese Debatte gab die 2004 auch als Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte Programmschrift Noltes zur Reform des bundesrepublikanischen Systems. Darin diagnostiziert dieser die bundesrepublikanische Gesellschaft als „neu-alte Klassengesellschaft“, die zwar noch immer entlang von Bildung und Besitz getrennt sei (vgl. Nolte 2004: 35). Entscheidender sei allerdings eine wachsende kulturelle Spaltung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der „neuen Unterschicht“.

Die neue Klassentheorie argumentiert damit kulturalistisch. Sie unterscheidet sich damit vor allem in zwei Aspekten zentral von den bisherigen materialistischen Klassen- bzw.

Milieutheorien. Letztere sehen das zentrale Strukturproblem von Klassengesellschaften in den ungleich verteilten Kapitalien (*ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital*). Nach Ansicht von Klassenanalytikern wie Pierre Bourdieu ist der klassenförmig strukturierte soziale Raum der Gesellschaft außerdem das Ergebnis permanenter politischer Kämpfe. Diese führen sowohl zu den radikal ungleichen Verteilungen, als auch zu möglichen Umverteilungen zugunsten subalternen Akteure. Im Gegensatz dazu sehen die neuen kulturalistischen Klassentheoretiker in der sozialen Ungleichheit selbst kein Problem mehr. Die Schwierigkeit liege dagegen in der fehlenden Einsicht in diese „Realitäten der gesellschaftlichen Struktur und der sozialen Ungleichheit“ und ein dementsprechendes „Klassen-Bewusstsein“ (ebd.: 44). Zu verändern gelte es daher nicht die Kontextbedingungen subjektiver Lebensführung, um den Gesellschaftsmitgliedern Handlungsoptionen zu ermöglichen bzw. ihre beschränkten Handlungsoptionen zu vergrößern. Vielmehr müssten die Mitglieder der „neuen Unterschicht“ unabhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Zugangsmöglichkeiten dazu angehalten werden, ihre „unzivilisierten“ Lebensführungsweisen wieder der „bürgerlichen Leitkultur“ (Nolte) anzupassen.

Eine zentrale Rolle spielten in den bisherigen, materialistischen, Klassentheorien die marxistischen Ansätze. Diese unterscheiden einen strukturellen und einen historischen Klassenbegriff (vgl. Heinrich 2004: 193ff.). Im ersten Fall gehören Gesellschaftsmitglieder aufgrund ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess einer Klasse an, auch wenn ihnen das nicht bewusst ist. Im zweiten Fall verstehen sich Gesellschaftsmitglieder in bestimmten historischen Situationen in Abgrenzung zu anderen Klassen bewusst als Teil einer Klasse. Sie bilden ein gemeinsames Klassenbewusstsein aus. Doch die von klassentheoretisch rekonstruierten vertikalen Klassendifferenzen sind keine Determinanten für die jeweiligen Lebensstile einzelner Gesellschaftsmitglieder. Das haben vor allem Milieutheoretiker in ihrer reflexiven und kritischen Weiterführung materialistischer Ansätze dadurch verdeutlicht, dass sie neben vertikalen horizontale Klassendifferenzen markieren. Ergebnis solcher klassenanalytischen Arbeiten ist das rekonstruierte Bild eines sozialen Raums der Gesellschaft, mit dem die Anordnung der Milieus in heutigen Gesellschaften skizziert werden kann. Am bekanntesten ist der entsprechende Entwurf von Pierre Bourdieu für die französische Gesellschaft und im Anschluss an dessen Arbeiten die Rekonstruktion von Michael Vester und Kollegen für die bundesrepublikanische Gesellschaft. In beiden Fällen wird damit auf einen weiteren grundlegenden Aspekt relationaler Klassentheorien hingewiesen. Der soziale Raum der Gesellschaft hat kein einheitliches „Innen“, demgegenüber ein „Außen“ der Marginalisierten oder Exkludierten beschreibbar wäre. Im

Unterschied zu allen essentialistischen Klassentheorien, die von substantiellen Klassen entlang einer vertikalen Gesellschaftsordnung ausgehen, machen relationale Klassenanalysen damit deutlich, dass der soziale Raum der Gesellschaft sich in sozialen Feldern sortiert. Diese Felder sind nicht als feststehende Orte zu begreifen, die sich übereinander ordnen, sondern werden permanent (re)konstruiert. „Die soziale Welt setzt sich nicht aus Einzelteilen zusammen, die erst völlig unabhängig voneinander sind und sich dann, ihren Eigenschaften entsprechend, zusammenfinden. Die Eigenschaften entstehen vielmehr im praktischen Zusammenwirken der Akteure“ (Vester et al 2001: 23). Klassen als fixierte Einheiten bestimmter Bevölkerungsgruppen anzusehen, deren Verhaltensweisen, Einstellungen und Mentalitäten sozusagen aus ihrem Klassenstatus ableitbar wären oder umgekehrt: aus dem realisierten Lebensstil einzelner Gesellschaftsmitglieder ihren Klassenstatus ableiten zu wollen, ist daher klassentheoretisch unzulässig. Klassen stellen locker abgegrenzte Zusammenhänge dar, wie Thompson formuliert, nicht determinierende Strukturen (vgl. Thompson 1987: 963). Zugleich prägen soziale Positionierungen, das heißt die Milieuzugehörigkeit, das Verhalten der Akteure (Habitus).

Doch derartige Einsichten ignoriert die neue kulturalistische Klassenanalyse und versucht eine grundlegende, wenn auch reduktionistische klassentheoretische Neubestimmung vorzulegen. Klassenlagen sind in deren Deutung nicht mehr Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sondern eine notwendige und damit zu akzeptierende Konsequenz moderner Gesellschaften. Klassenbewusstsein wird umdefiniert in eine „Einsicht“ in die damit zur „Realität“ erklärten sozialen Ungerechtigkeiten. Vertikale Differenzen werden weitgehend ausgeblendet und die bürgerlichen Schichten den „neuen Unterschichten“ einfach gegenüber geordnet. Damit nehmen die neuen kulturalistischen Klassentheorien das Denkmuster sozialer Exklusion auf, wie es in der Europäischen Union in den letzten Jahren eine immer zentralere Rolle spielt (vgl. Anhorn 2005: 28ff., vgl. Kronauer 2002; vgl. außerdem den Beitrag von Jock Young in diesem Heft). Die entscheidenden feinen Unterschiede aber, mit denen Klassendifferenzen permanent (re)produziert werden, bleiben damit ausgeblendet (vgl. Bourdieu [1979] 1987). Stattdessen wird ein einfaches Zentrum-Peripherie-Modell zwischen scheinbar inkludierten und exkludierten Gesellschaftsmitgliedern konstruiert (vgl. Steinert 2003). Neue kulturalistische Klassentheorien reduzieren die gesellschaftspolitische Konsequenz aus ihren Analysen sozialer Ungleichheit dementsprechend auf die Anpassung des Verhaltens der im Abseits der Gesellschaft Lebenden an die Lebensstile der Mehrheitsgesellschaft. Dazu soll das von Nolte angestrebte „Klassenbewusstsein“ führen. Die Ausbildung eines solchen Klassenbewusstseins

heißt für ihn denn auch „Abschied nehmen von manchen bequemen Illusionen“, die sich im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement ausgebildet hätten (ebd.: 43). Denn ganz in der Tradition vordemokratischer Armenerziehungsideen, wie sie beispielsweise Pestalozzi formuliert hat, beschreibt Nolte die öffentlichen – in seinem Fall sozialstaatlichen – Unterstützungsleistungen als den entscheidenden Teil des Problems. Öffentliche Unterstützungsleistungen sind demnach der zentrale Grund für die Ausbildung einer „neuen Unterschicht“, und nicht wie bisher angenommen Substitutionsmöglichkeit bestehender sozialer Ungleichheiten: „Das Beispiel des schichtspezifischen Rauchens oder Alkoholkonsums illustriert bereits, dass gerade in materiell prekären Verhältnissen – sagen wir es einmal abstrakt – finanzielle Ressourcen in ein Verhalten investiert werden, das die Grenzen dieser Verhältnisse eher verstärkt als durchbricht. Schließlich sprechen wir von Milieus, in denen die Klienten und Transferempfänger unseres Sozialstaates, um es noch vorsichtig zu sagen, deutlich überrepräsentiert sind“ (TAGESSPIEGEL vom 25. Juli 2004).

Die neue kulturalistische Klassentheorie versucht also zwei Sachverhalte in ein völlig neues Licht zu rücken: Zum einen wird die Tatsache sozialer Ungleichheit zum unweigerlichen Faktum einer freiheitlichen Gesellschaft erklärt. Und zum anderen wird aus dieser Behauptung geschlussfolgert, dass die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme nicht mehr darin zu suchen sind, dass Ressourcen und Nutzungsmöglichkeiten zwischen den Gesellschaftsmitgliedern extrem ungleich verteilt sind. Vielmehr gelte es die Formen der Lebensführung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu bearbeiten: „Aus materieller wird 'sozial-kulturelle Armut'“ (Nolte in einem Interview mit dem DEUTSCHLANDRADIO im März 2005).

Das wohlfahrtsstaatliche Arrangement habe die zu beobachtenden spezifischen Lebensweisen einer „neuen Unterschicht“ hervorgebracht: dequalifiziert, verarmt, isoliert, demotiviert und konsumabhängig vegetierten diese Gesellschaftsmitglieder vor sich hin. Das damit in den letzten Jahren verstärkt zu Tage tretende „wahre Elend“, diese scheinbar greifbare „Kultur der Armut“ (vgl. den Beitrag von Landhäußer/Klein/Ziegler in diesem Heft), sei das Ergebnis der „fürsorglichen Vernachlässigung“ sozialstaatlicher Unterstützungssysteme. Denn diese hätten nur auf Transferzahlungen und nicht auf eine gezielte und notwendige Beeinflussung der Lebensführungsweisen solcher Gesellschaftsmitglieder gesetzt.

Ganz abgesehen davon, dass Fürsorge eines der drei Strukturprinzipien des bundesrepublikanischen Sozialstaats darstellt und eine ihrer institutionellen Ausprägungen, die Soziale Arbeit nämlich, schon seit dem 19. Jahrhundert explizit die geplante

Unterstützung und bewusste Beeinflussung von Lebensführungsweisen zur Aufgabe hat, weisen auch genealogische Rekonstruktionen der wohlfahrtsstaatlichen Denkweisen und ihrer jeweiligen institutionellen Ausprägung (*wohlfahrtsstaatliche Arrangements*) immer wieder darauf hin, dass sich die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gerade nicht durch monetäre Umverteilung (*ökonomisches Kapital*), und schon gar nicht durch die Umverteilung anderer Kapitalien (*kulturelles* und *soziales Kapital*) auszeichnen. Primäre Leistung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ist vielmehr die Bereitstellung eines gewissen Grades an Schutz für die Gesellschaftsmitglieder (vgl. Castel 2005: 47). Diese wohlfahrtsstaatliche Schutzfunktion zeigt sich besonders eindrücklich an der Logik des sozialstaatlichen Rentensystems. Mit diesem wird den Gesellschaftsmitgliedern für niedrigen Lohn eine niedrige Rente, und für hohen Lohn eine hohe Rente zugewiesen. Das heißt Ziel der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltung des Sozialen war bisher nie die Angleichung der Lebensverhältnisse im Alter, also Umverteilung via Transferzahlungen, sondern die strukturelle Sicherung ihrer Lebensführung – allerdings auf extrem unterschiedlichem Niveau.

Doch solche sozialwissenschaftlich weithin bekannten und ausführlich untersuchten Zusammenhänge werden von den neuen kulturalistischen Klassentheoretikern ignoriert. Denn die daraus zu folgernde achtsame Einmischung in das undurchsichtige Gemenge gesellschaftspolitischer Kämpfe zur skeptischen Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Grundideen scheint ihnen zu wenig. Die neuen Klassentheoretiker wollen mehr. Sie wollen ein „Jenseits der blockierten Republik“ entwerfen, sich zu den Visionären, den Vordenkern einer „besseren Welt“ empor schwingen (Nolte 2004: 124; 18). Beurteilt man den Erfolg dieses Vorhabens nach dem Grad der medialen Präsenz ihres Hauptprotagonisten, so ist dieser bereits beachtlich. Denn in jüngster Zeit ist eine erstaunliche mediale Verbreitung dieser kulturalistischen klassentheoretischen Deutungen festzustellen.

II. Die mediale Inszenierung der „neuen Unterschicht“ – exemplarische Hinweise

Die mediale Berichterstattung über die „neue Unterschicht“ verdichtet sich seit Ende 2004. Im Dezember 2004 veröffentlicht der STERN den mehrseitigen Beitrag „Das wahre Elend“. Mit diesem Beitrag knüpfen die Autoren an den bereits zwei Jahre vorher (November 2002) an derselben Stelle publizierten Beitrag „Wer hier lebt, hat verloren“ an. Im März 2005 berichtet auch die ZEIT, illustriert an drei Fallbeispielen, ausführlich aus dem Unterschichtalltag. Eine weitere mediale Dramatisierung der „neuen Unterschicht“ zeigt GEO WISSEN in ihrem Themenheft „Sünde und Moral“ Mitte 2005 (Themenheft Nr. 35). Einen der

wenigen skeptischen Einwände formuliert Jan Feddersen in der TAGESZEITUNG im März 2005 unter der Überschrift „Krieg dem Pöbel“.

Gerahmt wird diese print-mediale Produktion von Hörfunk- und Fernsehbeiträgen, in denen Paul Nolte als Propagandist der „neuen Unterschicht“ eine zentrale Rolle spielt: u.a. in dem bereits erwähnten Interview des DEUTSCHLANDRADIO im März 2005, einem dreiteiligen Bericht des 3sat-Kulturmagazins KULTURZEIT im Frühsommer 2005 über den Wandel der Arbeitsgesellschaft und einer wachsenden Zahl von Interviews und Stellungnahmen.

Neben diesen expliziten Thematisierungen der „neuen Unterschicht“, weist eine wachsende Zahl von Reportagen und ministerialen Berichten bereits selbstverständlich auf die „neue Unterschicht“ hin, ohne diese Diagnose weiter zu problematisieren (vgl. u.a. den Bericht über die „Kunst der Sozialklemper“ im SPIEGEL 35/2005 oder den Report vom Arbeitsmarkt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im August 2005).

Auf 12 reich und auffällig bebilderten Seiten berichtet der STERN im November 2002 über den „Verfall“ einer scheinbar wachsenden Zahl von Wohnquartieren. Im Text wird der Mitinitiator des 1996 initiierten Bundesprogramms zur Stadtentwicklung „Soziale Stadt“, Rolf-Peter Löhr, mit den Worten zitiert, in diesen Problemgebieten spüre man, welche „Kultur der Abhängigkeit“ der Sozialstaat geschaffen habe. Löhrs Argumentation nimmt damit bereits zentrale Charakteristika der von Nolte diagnostizierten „neuen Unterschicht“ vorweg. In den dargestellten abgehängten Stadtteilen lebten, so Löhr, Menschen bereits in der dritten Generation von Sozialhilfe, dort herrsche „Sozialhilfeadel“. Die Bewohner wüssten „gar nicht mehr, wie das ist, morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren“. Diese diffamierende Aussage des stellvertretenden Leiters des Deutschen Instituts für Urbanistik unterstreicht die gewählte Bildästhetik: Die Ordnung im Quartier kann nur noch durch extreme Mittel aufrechterhalten werden, wie der Revolver in der Hand eines dargestellten Hausmeisters signalisieren soll. Welche „Verhältnisse“ drohen würden, wenn derartige rigide Kontrollmaßnahmen ausblieben, suggeriert das vorausgehende Bild aus einer Wohnung des Ihme-Zentrums in Hannover, wenn man denn der Bildunterschrift glauben will: zwischen Junkie-Besteck und leeren Getränkedosen sitzt in einer unaufgeräumten, dreckigen Wohnung im 13. Stock einer dieser „Verwahrlosten“, „Asozialen“ oder „Chaoten“. Noch deutlicher wird die Berichterstattung an derselben Stelle zwei Jahre später. Thema ist nun die „Unterschicht. Das wahre Elend“. Das erste Bild dieses Berichts, das nach Aussage der Bildunterschrift die Unterarme eines Bewohners aus Essen-Katernberg zeigt, korrespondiert in auffälliger Weise mit den Darstellungen im Beitrag von 2002. Zigarettenschachtel, Aschenbecher, Kaffeepötte, eine Kaffeesehnepackung in loser Zusammenstellung auf dem

einfachen runden Tisch ohne Tischdecke neben einem Sortiment von Süßwaren und dazwischen die tätowierten Arme des Bewohners. Das Bild unterstreicht die Botschaft des Textes, dass hier keine materielle Not herrscht, aber der bürgerlichen (Leit)Kultur nicht mehr entsprochen wird. Es ist dementsprechend unterschrieben: „Das süße Leben der Armen: Schokolade, Bonbons, Zigaretten und Geld vernichtende Handys. Die tätowierten Arme gehören Wolfgang Faber² aus Essen-Katernberg, der trotz Zuckerkrankheit und Übergewicht fleißig nascht“ (STERN, 52/2004). Das Elend sei keine „Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste“. Auch hier wird Noltesche Semantik reproduziert, der die „sozialkulturelle Verarmung“, die er der „neuen Unterschicht“ attestiert, darauf zurückführt, dass diese die Menschen „auch jenseits des Portemonnaies“ in ihren Handlungsmöglichkeiten beschneide, einenge und fessele. Denn, so auch die STERN-Reporter, die „neue Unterschicht“ verliere die Kontrolle „beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung“. In den vergangenen Jahrzehnten habe die Unterschicht eigene Lebensformen entwickelt, mit eigenen Verhaltensweisen, eigenen Werten und eigenen Vorbildern: die „Unterschichtkultur“.³

In ähnlicher Weise dramatisiert GEO WISSEN die „neue Unterschicht“. Der Thementeil zu „Sünde und Moral“ wird eingerahmt durch die doppelseitig bebilderte Darstellung der sieben „klassischen Tugenden“ zu Beginn und der „sieben modernen Todsünden“ an dessen Ende. Illustriert wird die vierte der Todsünden, die „Gleichgültigkeit“, mit einem Bild des englischen Künstlers Richard Billingham, das all das zu vereinen scheint, was die „neue Unterschicht“ nach Ansicht ihrer Propagandisten auszeichnet. Auf einem abgenutzten Sofa sieht der Leser hier eine Frau und einen Mann in ungewaschenen Kleidern nebeneinander sitzen, die sich scheinbar teilnahmslos ihrem unansehnlichen Essen widmen. Die beiden mit dicker Bratensoße völlig verschmierten Teller, auf denen sich ansonsten vor allem unkoordiniert große Kartoffelstücke finden, scheinen sich in das unachtsame Gesamtarrangement des Zimmers einzupassen. Dementsprechend lautet die Bildunterschrift: „Soziale Verwahrlosung – diese Trägheit des Herzens – gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Auffällig wird sie aber nur dort, wo sich innere Lieblosigkeit und äußere Wurstigkeit vereinen. Im so genannten *white trash*, der heruntergekommenen Lebensart eines Teils der Unterschicht, ergeben sich eine unansehnliche Melange: Menschen,

² Der im Bericht des STERNS genannte Name wurde geändert, F.K.

³ Dem Terminus der Unterschichtkultur hat der Talkmaster Harald Schmidt in seiner wiederholten Persiflage eines „Unterschichtfernsehens“ im Rahmen seiner Late-Night-Shows auf Sat 1 zu immenser medialer Präsenz verholfen.

die seelisch erkalten und unempfindlich werden für Signale jeglicher Art“. Allerdings verschweigt GEO WISSEN den Lesern, was sich hinter dem Bildnachweis, der sich am Ende des Heftes findet, verbirgt: Die künstlerische Verarbeitung und damit verbundene schnörkellose Offenlegung seiner sozialen Herkunft durch den Künstler. In der nach seinem Vater benannten, ansonsten aber unkommentierten Bilderserie „Ray is'n Witz“, der das dargestellte Bild entnommen ist, zielt Billingham gerade nicht auf die Skandalisierung von Verhaltensweisen (Billingham 1996). Vielmehr hält er der westlichen Zivilisation einen unverzerrten Spiegel vor. Soziale Zusammenhänge, wie diejenigen in denen Richard Billingham und sein Bruder am Rande von Birmingham aufgewachsen sind, als „Todsünde“ zu beschreiben, verfälscht damit nicht nur die Aussage des Künstlers, sondern verfehlt dazuhin ihre soziale Bedingtheit. Der Wohnblock, in dem Billinghams Familie mit anderen erwerbslosen Familien wohnt, ist die baulich und sozial eingeschlossene Ausschließung einzelner Bewohner. Billinghams sind nicht ausgeschlossen von der städtischen Gesellschaft, sondern haben sich in ihrer Wohnung am Rande der städtischen Gesellschaft Birminghams weitgehend eingeschlossen. Billinghams leben in einem Wohnblock mit Bewohnern, deren Alltag ebenfalls von Erwerbslosigkeit geprägt ist. Dies ist allen Bewohner gemeinsam und dennoch unterscheiden sie sich im Lebensstil teilweise deutlich. Auch wenn die mediale Inszenierung der „neuen Unterschicht“ das Gegenteil verdeutlichen möchte. „Hier sind alle in der gleichen Situation“, so zitiert die ZEIT in ihrem Beitrag zur „neuen Unterschicht“ eine Bewohnerin des Stadtteils Hamburg-Mümmelmannsberg (DIE ZEIT, 11/2005).

Zu erklären ist der mediale Einfluss kulturalistischer Klassenanalysen nicht nur aufgrund der Unterstellung eines schlichten Innen-Außen-Modells von Gesellschaften. Mit diesem reduktionistischen Gesellschaftsmodell ist auch das Versprechen nach einfachen sozialpolitischen Reaktionen verbunden. Gerade deshalb scheint die Analyse einer „neuen Unterschicht“ gerne ohne weitere Überprüfung übernommen zu werden. Als Beispiel für eine solche mediale Selbstverständlichkeit der Rede von einer „neuen Unterschicht“ findet sich die bereits erwähnte SPIEGEL-Reportage über „Die Kunst der Sozialklempler“. Wenn der Sozialstaat schrumpfe, dann müssten Menschen das entstandene Vakuum füllen, „die mehr tun als ihre Arbeit“, so die Eingangsannahme des SPIEGEL-Autors. Diese stellten insofern die „Klempler in einem lecken sozialen System“ dar. Sie gingen als Ärzte in verarmende Dörfer, betreuten als Sozialarbeiter Gewaltopfer, holten Kinder zerbrochener Familien von der Straße, wie die drei Fallbeispiele verdeutlichen sollen. Diese letzten Helfer werden hier stilisiert als das einzige noch verbleibende Verbindungsglied zwischen „Unterschicht und der Gesellschaft“.

Der SPIEGEL-Beitrag ist nicht nur ein Beispiel für die inzwischen scheinbar selbstverständliche Rede von der „neuen Unterschicht“, er weist auch darauf hin, dass eine Kritik an dieser Rede als einer neo-konservativen oder neo-liberalen zu kurz greift. Sie findet sich auch in sozial-liberalen Positionen, die auf das Engagement und die damit verbundene Befriedigung der einzelnen willigen Bürgers setzen. Das bisherige wohlfahrtsstaatliche Arrangement wird zur Instanz umdefiniert, mit der ein neuer Altruismus aktiviert werden soll. Die Lebenslagen der Klienten, um die sich die dargestellten Helferpersonen kümmern, werden nicht (mehr) thematisiert, die Frage, ob es berechtigt sein kann, die verschiedenen sozialen Problemlagen als Lebenslagen *einer* Unterschicht zusammen zu fassen, schon gar nicht. Dem SPIEGEL-Autor scheint der Skandal vielmehr darin zu liegen, dass nur so wenige helfende Helden zu den Mitgliedern der „neuen Unterschicht“ Kontakt halten können. Doch wenigstens die gebe es noch, meint man den Autoren am Ende des Beitrags seufzen hören: „So sorgt der Sozialstaat selbst in seiner Schwäche für sie. Er gibt ihnen, was die Menschen, um die sie sich kümmern, nicht mehr haben. Das Gefühl, gebraucht zu werden.“

Parallel zu solchen altruismus-orientierten Positionen finden sich zunehmend verbale Diffamierungen und Entwürdigungen der Betroffenen. Das aktuell einflussreichste Beispiel hierfür ist der vermutlich letzte Bericht des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der unter dem Titel „Vorrang für die Anständigen - gegen Missbrauch, 'Abzocke' und Selbstbedienung im Sozialstaat“ im August 2005 veröffentlicht wurde (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005). Auch die Autoren dieses Berichtes gehen bereits selbstverständlich von der Annahme aus, dass eine „neue Unterschicht“ existiere. So behaupten sie eine „Mitnahmequalität“ dieser Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Unterstützungsleistungen, die mit den neuen Arbeitsmarktgesetzen gewährt werden. Zwar gestehen sie anfangs den so genannten Langzeitarbeitslosen noch zu, dass eine Überweisung für Miete und Heizung „die zweite Säule des Haushaltseinkommens“ bilde. Allerdings verleite diese „hübsche Summe“ von mehreren hundert Euro im Monat „vermeintlich findige Zeitgenossen immer wieder dazu, die Sozialkassen anzuzapfen“ (ebd.: 8).

III. Von der Notwendigkeit einer relationalen Klassenanalyse und der Dominanz fürsorglicher Logiken

Die neuen kulturalistischen Klassentheorien und die damit verbundene Behauptung, es existiere eine „neue Unterschicht“ fallen hinter die bisherigen klassen- und milieutheoretischen Erkenntnisse zurück oder ignorieren den aktuellen Stand der in klassentheoretischen Forschung. Deren Einsichten müssen kulturalistische Klassenanalysen

allerdings ignorieren, da sie nicht über Macht- und Herrschaftsverhältnisse sprechen wollen, sondern öffentliche Gegenmaßnahmen auf Formen der Regulierung des Verhaltens Betroffener reduzieren wollen. Das gesellschaftspolitisch verheerende solcher Redeweisen ist die damit angestrebte und im Rahmen der so genannten Hartz-Gesetze auch bereits gesetzlich fixierte Präferenz von Fürsorgelogiken gegenüber Sicherungslogiken. Denn die Rede von der „neuen Unterschicht“ verschiebt das bisherige, sozialstaatlich verfasste Verhältnis dieser beiden wohlfahrtsstaatlichen Logiken zu Ungunsten der ersteren. Das lässt sich am Beispiel des erwähnten Arbeitsmarktreports aus dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gut verdeutlichen. Einerseits ist die im lokalen Sozialstaat verankerte Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) in den 1980er und 1990er Jahren de facto zu einer allgemeinen Grundsicherung geworden. Dementsprechend formuliert der zuständige Minister für Arbeit und Wirtschaft hinsichtlich der so genannten Hartz-Gesetzgebung, mit der die bisherige Trennung von bundesstaatlich institutionalisierter Arbeitslosenhilfe und lokalstaatlicher Sozialhilfe aufgehoben wurde, im Vorwort: „Die Arbeitsmarktreform ist alles andere als 'sozialer Kahlschlag' oder 'Armut per Gesetz'. Im Gegenteil: Das Arbeitslosengeld II und das neue Sozialgeld bieten den Betroffenen eine faire materielle Grundsicherung“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 2). Insofern könnte die Hartz-Gesetzgebung als durchaus sinnvolle Reaktion der damaligen rot-grünen Bundesregierung in Bundesratskoalition mit den CDU/CSU-regierten Landesregierungen verstanden werden – zumindest hinsichtlich der finanziellen Krise, in die die bundesrepublikanischen Kreise und Kommunen angesichts der rapide erhöhten Zahlen von Sozialhilfeempfängern geraten sind. Denn die so genannten Hartz-Reformen überführten die bisherige kommunalstaatliche de-facto-Grundsicherung in das neue integrierte System der Arbeitsmarktpolitik. Doch nicht nur finanziell, sondern auch konzeptionell werden dem System einer Hilfe zum Lebensunterhalt grundlegende Mängel attestiert. Man habe, so die These, das „Fordern“ der Hilfeempfänger vergessen und nur auf deren finanzielle Förderung gesetzt (vgl. Freyberg 2003). Und diese Förderung habe erst, so kommentieren die kulturalistischen Klassentheoretiker diese Diagnosen zustimmend, zur Ausbildung der „neuen Unterschicht“ geführt.

Die Ausbreitung und Radikalisierung der Fürsorgelogik wird somit ganz im Sinne der neuen Klassentheorien zum konzeptionellen Nukleus der jüngsten Arbeitsmarktreformen. Der Einzelne hat nicht mehr nur seine Hilfeberechtigung zu belegen, sondern vor allem seine Arbeitsbereitschaft unter Beweis zu stellen und außerdem zu verdeutlichen, dass potenzielle nahräumliche Unterstützungssysteme diese nicht leisten können. Damit werden die bisher getrennten Logiken des Sozialversicherungssystems und des Fürsorgesystems zu Gunsten des

letzteren miteinander verschränkt. Das bundesrepublikanische Sozialhilfesystem, wie es 1961 im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) installiert wurde, war als eine *Ergänzung* der zentralen wohlfahrtsstaatlichen Schutzinstrumente: der Sozialversicherungen, gedacht. Die ergänzenden Fürsorgesysteme wurden im Nachkriegseuropa zuerst in den skandinavischen Ländern und seit Anfang der 1960er Jahre auch in den Niederlanden, Belgien und eben der Bundesrepublik aufgebaut. Prägendes Strukturprinzip wohlfahrtsstaatlicher Arrangements war aber die sozialversicherungsrechtliche Schutzkonstruktion aller Beteiligten als einer (Schutz)Gemeinschaft der Ähnlichen (vgl. Castsel 2005). Es sind genau die genannten drei zentralen Aspekte der aktuellen Arbeitsmarktreformen, die die Fürsorgesysteme charakterisieren: „Berücksichtigung der familiären Situation, Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsbereitschaft“ (Vanderborght/van Parjis 2005: 20). Diese sind als grundlegende Strukturlogiken nun in das bisher sozialversicherungsrechtlich geregelte Feld der Erwerbslosenunterstützung eingebaut worden. Führt man sich diese Tendenz vor Augen, erklärt sich auch der im Vergleich zum Tenor des restlichen Reports deutlich widersprüchliche Hinweis auf eine de-facto-Grundsicherung im Vorwort des ministerialen Arbeitsmarktreports. Denn ganz im Unterschied zu dieser anfänglichen Grundsicherungsthese wird im weiteren Bericht ein genereller Misstrauensverdacht allen potenziellen und realen Hilfeempfängern – und damit nicht zuletzt den Angehörigen der suggerierten „neuen Unterschicht“ – gegenüber formuliert, der in der diffamierenden Aussage kumuliert: „Biologen verwenden für 'Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben', übereinstimmend die Bezeichnung 'Parasiten'. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 10). Zwar sollen Empfänger nicht als Parasiten bezeichnet werden. Die Inanspruchnahme der im ministerialen Vorwort als Grundsicherung bezeichneten Hilfe wird in den als „Sozialbetrug“ gekennzeichneten Fällen vielmehr als bewusste, und damit illegale Vorgehensweise charakterisiert.

Es ist die damit verbundene Stilisierung der ehrlichen Mittelschichtler als die Dummen, wie es im ministerialen Vorwort des Reports gleich zu Beginn heißt, die kulturalistische Klassentheoretiker befördern. Der Mittelschichtbürger sieht sich, glaubt er den neuen Klassengesellschaftsdiagnosen, umzingelt von unangepassten, unwilligen und potenziell kriminellen Gesellschaftsmitgliedern – den Angehörigen der „neuen Unterschicht“. Derartige Unterstellungen werden medial repräsentiert und damit zum Teil einer verzerrten öffentlichen

Meinungsbildung. Mitte August 2005 wird beispielsweise im Rahmen der Sendung ZDF.REPORTER eine Reportage über das „Zusammenleben von Deutschen und Türken“ in Duisburg-Marxloh ausgestrahlt. Die eingefangene Sequenz, in der eine muttersprachlich deutsche Bewohnerin mit ihrem Metzger türkischer Herkunft türkisch spricht, kommentiert dieser einer ZEIT-Redakteurin gegenüber später folgendermaßen: „Das machen wir immer so. Sie spricht gerne türkisch. Das hat sie von ihrem türkischen Ehemann gelernt“ (DIE ZEIT vom 20 .Oktober 2005). Der Off-Kommentar der Reportage lautet demgegenüber – ganz im Stile der neuen Unterschichtdiagnose: „Weil es hier kaum noch deutsche Läden gibt“, lerne Frau Maier⁴ Türkisch. „Um hier zurechtzukommen, passen sich die Deutschen im eigenen Land an“.

Die Rede von der „neuen Unterschicht“ konstruiert eine Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft. Allerdings können sich auch deren Angehörige keineswegs zurücklehnen und auf die „neue Unterschicht“ verweisen. Denn auch jene sehen sich in wachsendem Maße mit dem allgegenwärtigen Generalverdacht konfrontiert, ein derartiges unangepasstes Verhalten zu reproduzieren, wie der zitierte Arbeitsmarktreport zeigt: Die neue „Mitnahmequalität“ der „neuen Unterschicht“ beschränke sich demnach keineswegs auf diese: Die Bereitschaft zum „Abzocken des Sozialstaats“ finde sich vielmehr „in allen gesellschaftlichen Schichten – auch in der Mittelschicht und bei Menschen mit beträchtlichem Vermögen“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 9). Nolte, Pestalozzi, ministeriale Autoren und mediale Repräsentanten scheinen sich einig: die „neue Unterschicht“ mit ihrer „satten, ruhigen, gleichen Lebensart“ besitzt keine Fertigkeiten, sich selbst aus dieser Lage zu befreien. Doch sollen von sozialer Ungleichheit betroffene Gesellschaftsmitglieder überhaupt noch aus dieser Lebenslage befreit werden? Nicht, wenn es nach den Propagandisten einer „neuen Unterschicht“ geht. Denn man müsse sich „von der Illusion verabschieden“, so Nolte, „die Armut abschaffen, die Unterschicht kollektiv zu einer bürgerlichen Mittelklasse machen oder soziale Ungleichheit überhaupt aufheben zu können“ (Nolte 2004: 44). Ermöglicht werden soll den Angehörigen einer „neuen Unterschicht“, sich in ihrer Armut, den „Beschwerlichkeiten aller niedren Unterhaltungswege“ angemessen einzurichten. Angemessenheit heißt dabei einen weitgehenden Verzicht auf sozialstaatlich gewährleisteten Schutz. Stattdessen wird von ihnen eine Anpassung an die bürgerliche Mehrheitskultur verlangt. Ein solches Programm versucht das zu realisieren, was Pestalozzi bereits vor knapp 260 Jahren forderte: eine Armenerziehung, die die Armen dazu bringt, sich

⁴ Der in der Reportage genannte Name wurde geändert, F.K

nach den Ressourcen zu bequemen, welche ihnen offen stehen. Allerdings formulierte Pestalozzi diese Einschätzung 12 Jahre vor der Französischen Revolution, ein gutes Jahrhundert vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und fast 200 Jahre vor der Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes.

Literatur

Anhorn, Roland 2005: Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss. In: ders./Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit: Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 11-41.

Billingham, Richard 1996: Ray is'n Witz. Zürich.

Bourdieu, Pierre [1979] 1987: Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.

Freyberg, Thomas 2003: Fördern und Fordern Teil 1: Der Angriff auf den deutsche Sozialstaatskonsens. In: Widersprüche, 23. Jg. Heft 88, S. 117-134.

Heinrich, Michael 2004: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart (2. Auflage).

Kessler, Fabian 2005: Von der Notwendigkeit einer Politischen Theorie Sozialer Arbeit. In: Neue Praxis, 35. Jg., Heft 3, S. 216-219.

Kronauer, Martin 2002: Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M.

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: Vorrang für die Anständigen – Gegen Mißbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005. Berlin.

[Quelle: <http://www.bmwa.bund.de/Arbeitsmarktreform/Redaktion/PDF/report-leistungsmisbrauch,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand: 28. Oktober 2005]

Nolte, Paul 2004: Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Bonn.

Pestalozzi, Johann Hinrich [1799] 1932: Brief an einen Freund über seinen Aufenthalt in Stanz. In: Sämtliche Werke, Band 13. Berlin/Leipzig, S. 3-32.

Steinert, Heinz 2003: Participation and Social Exclusion: A Conceptual Framework. In: ders./Pilgram, Arno (eds.): Welfare policy from below: struggles against social exclusion in Europe. Hampshire (Ashgate), S. 45-59.

Thompson, Edward P. [1963] 1987: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt a.M.

Vanderborght, Yannick/Parijs, Philippe van 2005: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt a.M./New York.

Vester, Michael 1997: Klassengesellschaft ohne Klassen: Auflösung oder Transformation der industriergesellschaftlichen Sozialstruktur?. In: Widersprüche, 17. Jg., Heft 66, S. 25-57.

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.